

MESTERS MEINUNG



KOMMENTARE



Reichlich unsortiert

Hundert Tage schwarz-gelbe Koalition

JOACHIM ZINSEN

Hundert Tage Schwarz-Gelb, hundert Tage Pleiten, Pech und Pannen. Ein Ministerrücktritt, diverse Krisengespräche und ständiger Streit auf offener Bühne: Noch nie ist eine Bundesregierung derart unsortiert in ihre Amtszeit gestartet, wie das Kabinett Merkel/Westerwelle. Sicher, auch das erste rot-grüne Bündnis 1998 hat seinen Start kräftig verkorkt. Aber anders als heute der Kanzlerin und einigen Ministern der Union konnte man den Protagonisten von SPD und Grünen damals zugute halten, dass sie politische Lehrlinge waren, die kaum Erfahrung mit der Macht im Bund hatten.

Wer trägt nun die Verantwortung für das schwarz-gelbe Großchaos? Das öffentliche Urteil ist gefällt. Negativschlagzeilen und Umfragewerte sprechen eine deutliche Sprache: Der alleinige Schuldige heißt FDP. Aber ist das fair? Ist das wirklich so einfach?

Die Liberalen haben in den ersten hundert Tagen ihrer Regentschaft das gemacht, was zu erwarten war. Sie versuchen möglichst weite Teile ihres ideologischen Konzepts durchzusetzen. Dazu gehören die Kopfpauschale und Steuersenkungen vornehmlich für Besser- bis Bestverdiener. Es sind Ideen, die zur hohen Zeit des Neoliberalismus Anfang des Jahrtausends eine gewisse gesellschaftliche Akzeptanz fanden, die inzwischen aber – nach dem Schock durch die Finanz- und Wirtschaftskrise – mächtig verstaubt und auf den überwiegenden Teil der Wähler abschreckend wirken.

Die Union wirkt diffus

Mit ihrem anachronistischen, aber gleichzeitig auch klaren Kurs ist die FDP auf eine Union getroffen, die orientierungslos wirkt. Gestern noch hat die CDU für eine Kopfpauschale gestritten. Und heute? Laut stellt sie die Forderung zwar nicht mehr. Aber ist das Projekt damit

gleich aufgegeben? Hat die Partei andere Ideen? Und wenn ja: Welche? Der Kurs der Union bleibt diffus.

Ein ähnliches Bild bei den Steuern. Die FDP will sie senken. Bis auf Andreas Pinkwart verteidigen die Liberalen offensiv so unpopuläre und unsinnige Maßnahmen wie die Senkung der Mehrwertsteuer für Hotelbetriebe. Bei der Union hingegen hat man den Eindruck, als wolle sie am liebsten nicht mehr an das leidige Thema erinnert werden. Dabei hat auch sie im Wahlkampf für Steuersenkungen plädiert und mit der CSU die eigentlich treibende Kraft bei der Hoteliers-Beschenkung gestellt.

Schwanz wackelt mit Hund?

Die FDP war in den vergangenen Wochen auf der Berliner Bühne präsenter als die Union. Wackelt in der Koalition also der Schwanz mit dem Hund? Weil Angela Merkel führungs-schwach ist? Weil die Kanzlerin ihre Richtlinienkompetenz nicht wahrnimmt? Weil sie und die Union nicht wissen, wohin es eigentlich gehen soll? Vielleicht.

Aber vielleicht läuft in Berlin auch ein ganz anderes Spiel. Vielleicht ist es der Kanzlerin gar nicht mal so unrecht, dass die FDP mit radikalen Forderungen vorprescht. Dass die Liberalen die politischen „Drecksarbeiten“ anpacken, die auch Merkel für nötig hält, selbst aber nicht machen will. Um so einfacher kann sich die CDU-Chefin nämlich als Schutzpatronin des kleinen Mannes inszenieren. Nach dem Motto: Die Kanzlerin wird schon das Allerschlimmste verhindern. Zuzutrauen wäre das der Taktikerin aus der Uckermark. Bislang hätte das Spiel sogar funktioniert. Eines ist nämlich festzustellen: Den persönlichen Umfragewerten der Kanzlerin haben die hundert schwarz-gelben Chaostage nicht sonderlich geschadet.

► j.zinsen@zeitungsverlag-aachen.de

ANSICHT

„Wenn Karrieren schwindelnde Höhen erreichen, ist der Schwindel häufig nicht mehr nachzuweisen.“

WERNER SCHNEYDER, ÖSTERREICHISCHER KABARETTIST

„Öffentlichkeit wird getäuscht“

War die Afghanistan-Konferenz in London ein Erfolg? Jürgen Heiducoff sagt Nein. Der ehemalige militärpolitische Berater des deutschen Botschafters in Kabul kritisiert: Es gibt keinen Strategiewechsel.

VON JOACHIM ZINSEN

Geilenkirchen. Glaubt man den westlichen Regierungschefs, war die Londoner Afghanistan-Konferenz in der vergangenen Woche ein Wendepunkt im Krieg am Hindukusch. Eine neue Strategie sei in der britischen Hauptstadt verabredet worden. Der Afghanistan-Kenner Jürgen Heiducoff sieht das anders. Von einem Strategiewechsel könne nicht die Rede sein, kritisiert der Oberstleutnant der Bundeswehr. Der ehemalige militärpolitische Berater des deutschen Botschafters in Kabul legt jedoch Wert auf die Feststellung, dass dies seine persönliche Meinung und nicht die der Bundeswehr ist.

Herr Heiducoff, sind Sie nach der Londoner Konferenz optimistischer, dass Afghanistan in den kommenden Jahren befriedet werden kann?

Heiducoff: Nein. Die Konferenz hat keine Fortschritte, nichts substanzvoll Neues gebracht. Von einem sich selbst tragenden Frieden sind wir weiterhin meilenweit entfernt.

Aber die Bundesregierung behauptet, in London sei ein Strategiewechsel vereinbart worden. Es habe eine Schwerpunktverlagerung weg vom militärischen hin zu mehr zivilem Engagement gegeben?

Heiducoff: Die Behauptung kann ich nicht nachvollziehen. Die Bundesregierung will zwar die Ausgaben für die Entwicklungshilfe fast verdoppeln. Doch gleichzeitig werden die Ausgaben für den Einsatz der Bundeswehr deutlich erhöht. Das ist nicht der dringend notwendige Strategiewechsel.

Die USA und in der Folge einige Nato-Verbündete wollen versuchen, mit zusätzlichen Truppen den Widerstand der afghanischen Aufständischen zu brechen. Hat das irgendeine Erfolgsaussicht?

Heiducoff: In den acht Jahren dieses Krieges hat sich eines gezeigt: Mit jeder Truppenverstärkung ist auch der Widerstand der Aufständischen gewachsen. Sie sind offensichtlich nahezu unendlich rekrutierungsfähig. Allein auf pakistanischer Seite existieren rund 1300 Koranschulen, in denen künftige Kämpfer erzogen werden. Es gibt in den paschtunischen Siedlungsgebieten beiderseits der pakistanisch-afghanischen Grenze ein großes Potential an jungen Männern, die aus religiöser Überzeugung, aber zunehmend auch aus Rachegefühlen gegenüber den Amerikanern bereit sind zu kämpfen. Dieses Problem bekommen wir nicht gelöst, indem wir noch mehr westliche Truppen nach Afghanistan schicken.

Die zusätzlichen Truppen sollen verstärkt einheimische Soldaten ausbilden, damit diese nach 2011

Ablösung nach kritischem Schreiben

Jürgen Heiducoff (57) war von 2006 bis 2008 militärpolitischer Berater an der deutschen Botschaft in Kabul. Zuvor bekleidete er acht Monate lang den Posten eines Abteilungsleiters in der Kabul Multinational Brigade.

2007 ließ Heiducoff dem damaligen Außenminister Frank-Walter Steinmeier (SPD) auf dem Dienstweg ein Schreiben zukommen, in dem er die „unverhältnismäßige militärische Gewalt“ der westlichen Truppen gegen die afghani-



Tag für Tag gibt es im afghanischen Krieg Tote – auf beiden Seiten. Die Vereinbarungen der Londoner Konferenz werden daran auch langfristig nichts ändern, befürchtet Jürgen Heiducoff. Foto: dpa

die Hauptlast im Kampf gegen die Aufständischen tragen.

Heiducoff: Die Hoffnung kann man natürlich hegen. Aber eines sollten wir nicht vergessen: Auch den afghanischen Soldaten und Polizisten sind ihre Traditionen immer wichtiger als der Wille einer westlichen Nation. In der Zeit der sowjetischen Invasion gab es eine deutlich stärkere afghanische Armee als heute. Dennoch waren diese Truppen im Zusammenwirken mit den sowjetischen Soldaten nicht in der Lage, die damaligen Widerstandskämpfer zu besiegen.

Auch die deutschen Soldaten sollen sich künftig stärker auf die Ausbildung afghanischer Rekruten konzentrieren. Welche Folgen hat das für sie?

Heiducoff: Die Soldaten werden mit ihren afghanischen Kameraden häufiger in der Fläche, also in den Dörfern aktiv sein. Damit wird ihr Einsatz gefährlicher.

Wird die afghanische Armee von der Bevölkerung überhaupt als Schutzmacht empfunden?

Heiducoff: Die afghanische Armee rekrutiert ihre Soldaten zum größten Teil aus der Bevölkerungsgruppe der Tadschiken, der Usbecken und der Hazara. Es ist völlig illusorisch zu glauben, dass in diese Freiwilligenarmee auch eine größere Zahl von Paschtunen – also Angehörige der Bevölkerungsmehrheit – eintreten wird. Von der Regierung in Kabul ist das so zwar nicht gewollt. Aber Fakt bleibt: Jeder Paschtune, der in dieser Armee dient, kann sich in sei-

Heute arbeitet Heiducoff im Zentrum für Verifikationsaufgaben der Bundeswehr in Geilenkirchen. (jozi)

nem Dorf nicht mehr sehen lassen. Er wird dort als Verräter gedeutet, wenn nicht gar ermordet. Wenn diese Armee nun in paschtunischem Gebiet operiert, wird sie – ähnlich wie die Isaf-Truppen – als fremde Besatzungsmacht wahrgenommen.

Auf der Londoner Konferenz wurde ein Fonds vereinbart, mit dessen Geld Aufständische dazu gebracht werden sollen, den Kampf gegen die Regierungsarmee und gegen die Isaf-Truppen einzustellen.

Heiducoff: Das ist ebenfalls kein neuer Ansatz. Seit 2002 gab es bereits zwei ähnliche Programme. Beide sind kläglich gescheitert.

Warum?
Heiducoff: Die Motive der Aufständischen sind keine finanziellen. Ideologie und Hass lassen sich nicht mit Geld aufkaufen.

Warum hat sich die Sicherheitslage in Afghanistan in den vergangenen Jahren eigentlich ständig verschlechtert?

Heiducoff: Weil die afghanische Bevölkerung zunehmend das Vertrauen in die westlichen Staaten verloren hat. Der Kardinalfehler des Westens war, den Schwerpunkt bei der Intervention auf militärische Aktivitäten zu legen. Dagegen hat sich Widerstand erregt, der wiederum mit immer massiveren Militäraktionen bekämpft wurde. Dadurch hat sich die Sicherheitslage derart verschlechtert, dass der notwendige zivile Aufbau immer weiter zurückgegangen ist. Im Raum Kundus beispielsweise ist ziviler Aufbau heute so gut wie nicht mehr möglich.

Das Konzept der zivil-militärischen Zusammenarbeit ist also gescheitert?

Heiducoff: Bis zum Jahr 2007 hat das Konzept im Raum Kundus und Faisabad – also dem deutschen Verantwortungsbereich – durchaus funktioniert. Es gab einen großen Vertrauensvorsprung der afghanischen Bevölkerung gerade gegenüber uns Deutschen. Durch die militärische Eskalation ist er aber mittlerweile aufgebraucht. Unsere Soldaten und zivilen Aufbauhelfer können sich nur noch unter großer Gefahr in die Dörfer begeben.

Militärisch ist der Krieg in Ihren Augen nicht zu gewinnen. Was schlagen Sie vor?

Heiducoff: Die westlichen Staaten müssen eine politische, eine diplomatische Lösung suchen. Es muss mit den Aufständischen – von denen die Taliban-Kämpfer nur eine Gruppe sind – geredet werden. Wir sollten sie als gleichberechtigte Partner auf Augenhöhe akzeptieren.

Das zivile Engagement stellen Sie nicht in Frage?

Heiducoff: Im Gegenteil: Ohne ein deutlich stärkeres ziviles Engagement wird sich in Afghanistan nie ein stabiler Staat bilden.

Die Amerikaner und die Bundesregierung haben angekündigt, dank der „neuen Strategie“ 2011 mit dem Abzug der Truppen beginnen zu können.

Heiducoff: Das halte ich für eine Täuschung der Öffentlichkeit. Sie soll damit lediglich ruhig gestellt werden. Natürlich kann es sein, dass 2011 kleinere Kontingente abgezogen werden. Aber da an der bisherigen Strategie festgehalten wird, ist es völlig unrealistisch, ein erfolgreiches Ende des Einsatzes in Aussicht zu stellen.



Jürgen Heiducoff: Der Einsatz wird für die Bundeswehrosoldaten gefährlicher. Foto: Georg Schmitz

Van Dinther räumt Fehler ein, lehnt aber einen Rücktritt ab

Die Präsidentin des NRW-Landtags erklärt, Teile der üppigen RAG-Sitzungsgelder einer westfälischen Kirchengemeinde gespendet zu haben

VON JOHANNES NITSCHMANN

Düsseldorf. Regina van Dinther (CDU) verließ eilig das Rednerpult und flüchtete vor unbehaglichen Journalisten-Nachfragen. Zuvor hatte die Landtagspräsidentin nach langem Schweigen die Annahme ihrer Aufwandsentschädigungen als Beiratsvorsitzende der Ruhrkohle AG als „Fehler“ eingestanden. Nur scheinbar hatte van Dinther vergangene Wo-

che eingeräumt, dass sie als RAG-Beiratsvorsitzende für zwei Sitzungen im Jahr 30 000 Euro Aufwandsentschädigungen sowie jeweils 200 Euro Sitzungsgeld erhalten hatte. Doch einen Rücktritt lehnt die 51-jährige Politikerin ab. Stattdessen erklärte sie, Teile der RAG-Gelder an eine evangelische Gemeinde in Westfalen überwiesen zu haben. Dann suchte die reuige Sünderin die Offensive und beklagte sich über Medienberich-

te, sie habe zwölf Jahre lang ihren CDU-Mitgliedsbeitrag nicht bezahlt und der Partei die Abführung von Funktionszulagen vorenthalten. „Das ist nicht nur falsch, sondern ehrabschneidend“, donnerte van Dinther. Zugleich aber musste sie einräumen, am 30. September 2009 vom damaligen Geschäftsführer der CDU Ennepe-Ruhr ein Schreiben erhalten zu haben, in dem ihr vorgehalten wurde, in den letzten 15 Jahren nur in Jah-

ren ordnungsgemäß Mitgliedsbeiträge gezahlt zu haben.

Der an die Öffentlichkeit lancierte Mahnbescheid beruhe auf einem „Kommunikationsfehler“, versicherte die CDU-Politikerin. Dann lieferte sie einen bunten Strauß von Zahlen: Zwischen 1994 und 2005 will sie an ihren CDU-Kreisverband Mitgliedsbeiträge und Spenden in Höhe von 5720,91 Euro geleistet haben, an die Landespartei habe sie zwi-

schon 2006 und 2008 „gut 8000 Euro“ wegen ihres Landtagsmandats abgeführt, für 2009 wiederum könne sie per Kontoauszug die Überweisung eines Mitgliedsbeitrages in Höhe von 200 Euro nachweisen.

Das Zahlenwerk verdunkelt mehr als es erhellt. Der Absender des Mahnschreibens, Manfred Lorenz, beharrte gestern darauf, zum Zeitpunkt seines Mahnschreibens seien „für die Beitragsjahre 1994

bis 2008 nur in drei Jahren Mitgliedsbeitragszahlungen für Frau van Dinther festzustellen“. Erst im Jahre 2009 habe sie eine Einzugsermächtigung für 200 Euro pro Jahr vorgelegt, um den jährlichen CDU-Beitrag für sich und ihre beiden Kinder zu bezahlen. Bei ihrem Pressestatement hatte van Dinther erklärt, sie habe 2009 einen CDU-Beitrag in Höhe von 200 Euro entrichtet – von ihren Kindern war nicht die Rede.